

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich) der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

Sitzungstermin: Mittwoch, 21.08.2019
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:00 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Roland Böhm - Marburger Linke

reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher - SPD

Frau Alexandra Klusmann - SPD

Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD

Frau Sonja Sell - SPD

Vertretung für: Herrn Ulrich Severin

Herr Winfried Kissel - CDU

Herr Stephan Muth - CDU

Frau Karin Schaffner - CDU

Vertretung für: Frau Runhild Piper

Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen

Frau Renate Bastian - Marburger Linke

Vertretung für: Frau Elisabeth Kula

Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL

beratende Mitglieder

Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Herr Ulrich Severin - SPD

- entschuldigt -

Frau Runhild Piper - CDU

- entschuldigt -

Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen

- entschuldigt -

Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke

- entschuldigt -

Frau Gabriele Mensing - BfM

- entschuldigt -

Magistrat

Oberbürgermeister Herr Dr. Thomas Spies, Stadträtin Frau Kirsten Dinnebier

Verwaltung

Frau Dr. Amend-Wegmann, Frau Griese, Frau Lambrecht, Frau Mösbauer, Frau Ztoupi (Praktikantin Ref. 16), Herr Höhn, Herr Schmidt (Protokoll)

Behindertenbeirat

entschuldigt

Seniorenbeirat

entschuldigt

Ausländerbeirat

Herr Einuz

Gäste

Herr Miguel Ángel Sanchez Arvelo

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, den TOP 5.2 gleichzeitig mit dem TOP 3 zu beraten.

Bezüglich des TOP 4.1 wurde den Ausschussmitgliedern am Vortag der Sitzung per E-Mail eine Stellungnahme des Ausländerbeirats zugeleitet und am Sitzungstag zu Beginn der Sitzung ein Änderungsantrag der SPD - Fraktion als Tischvorlage verteilt.

Im Übrigen werden gegen die vorgeschlagene Tagesordnung keine Einwände erhoben, so dass entsprechend verfahren wird.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.06.2019

Das Protokoll der vorhergehenden Sitzung wird in der vorliegenden Form ohne Einwände oder Ergänzungen genehmigt.

zu 3 Zweiter Marburger Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene Vorlage: VO/6927/2019

Oberbürgermeister Herr Dr. Spies erläutert aus der Sicht des Magistrats. Dem Gleichberechtigungsreferat wird mit Bestätigung durch die Ausschussmitglieder Lob und Dank für die außerordentliche Qualität des Aktionsplans, den hervorragend strukturierten Duktus und die ausgearbeitete Maßnahmenplanung ausgesprochen. In der Größenordnung vergleichbarer Städte

nimmt die Universitätsstadt Marburg mit der Umsetzung der EU-Charta eine Wegweisende Position ein.

Die EU-Kommission fördert die Umsetzung von Maßnahmen zur Gewaltprävention mit einer Fördersumme von rund 434.000 €, die sich auf 2 Jahre bzw. 3 Haushaltsjahre verteilt. Die Universitätsstadt Marburg wendet 21% (rund 91.000 €) als Eigenanteil auf. Näheres ergibt sich jeweils aus den Haushaltsplänen.

Frau Dr. Amend-Wegmann und Frau Griese ergänzen die Erläuterungen des Magistrats und beantworten Fragen der Mitglieder.

Frau Dr. Perabo fragt nach, wie sich zu dem inhaltlichen Punkt "Stadt als Arbeitgeberin" seit dem 1. Marburger Aktionsplan 2017 und dem Bericht zum Frauenförderplan 2015-2021 (VO/6507/2018) die Zahlen bezüglich Frauenförderung entwickelt haben? Oberbürgermeister Herr. Dr. Spies antwortet, dass bei der Universitätsstadt Marburg als Arbeitgeberin

- ✓ mit einem Anteil von 70% Frauen in der obersten Führungsebene repräsentiert sind,
- ✓ rund 50% Frauen in einer mittleren Führungsebene vertreten sind (wobei hier die Leiterinnen Kindertagesbetreuung nicht mit eingerechnet wurden) und
- ✓ in der Gesamtbetrachtung der Beschäftigten Frauen gleichfalls wieder mit 70% überrepräsentiert sind.

Die Vorlage wird mit den Stimmen von SPD, CDU, B 90/Die Grünen, Marburger Linke und FDP/MBL einstimmig zur Annahme empfohlen.

zu 4 Anträge der Fraktionen

zu 4.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Ausländerbehörde Vorlage: VO/6947/2019

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage für die Antrag stellende Fraktion. Oberbürgermeister Herr Dr. Spies beschreibt den personellen Ausbau des Fachdienstes Ausländerbehörde, die Entwicklung der Personenzahlen von Menschen mit Migrationshintergrund in der Universitätsstadt Marburg sowie die Anpassung struktureller und organisatorischer Verwaltungsabläufe im Fachdienst an diese Veränderungen.

Der Antrag der Fraktion Marburger Linke wird im Ausschuss ausführlich diskutiert. Herr Einuz als Vertreter des Ausländerbeirats erläutert dessen Stellungnahme.

Frau Dr. Perabo erklärt für die Fraktion B 90/Die Grünen und Herr Kissel für die CDU-Fraktion den Beitritt zum Antrag.

Die SPD-Fraktion legt einen Änderungsantrag vor, um den der Ausgangsantrag einvernehmlich ergänzt werden soll.

Damit erhält der Ausgangsantrag folgende neue, vollständige Fassung im Wortlaut:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, die Ausländerbehörde so zu organisieren, dass dringliche und fristgebundene Angelegenheiten so zügig bearbeitet und erledigt werden können, dass für die Antragsteller*innen keine persönlichen Nachteile entstehen.

2. Der Magistrat wird gebeten gemeinsam mit der Philipps-Universität Marburg in deren Räumlichkeiten einen Servicepoint der Ausländerbehörde für Studierende anzubieten und darauf hinzuwirken, dass

- **eine ausreichende Zahl an Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde Marburg einen festen Raum in den Räumen der Philipps-Universität Marburg erhält.**
- **durch fest Öffnungszeiten dort direkt Anliegen der ausländischen Studierenden erledigt werden.**

Begründung:

Die - laut undatiertem Aushang - Neuorganisation in Servicebereich und Fallmanagement hat beim Fallmanagement zur Folge, dass man dort offensichtlich nur noch mit Termin vorsprechen kann. Dabei werden Termine mit Wartezeiten von teilweise über drei Monaten vergeben, auch wenn bei Antragstellung alle notwendigen Unterlagen vorhanden sind und eine fristgebundene Entscheidung notwendig ist, damit Antragsteller*innen nicht in existenzielle Probleme (keine Krankenversicherung, keine Arbeitserlaubnis o.Ä.) kommen.

Ca. 14% der 27.000 Studierenden in Marburg sind ausländische Studierende. Ein Großteil von ihnen kommt zum Semesterbeginn mit einem dreimonatigen Visum, das nach allen behördlichen und universitären Vorschriften in einen regulären Aufenthalt geändert werden muss.

Während des Studiums müssen diese Studierenden aus unterschiedlichen Gründen wieder die Ausländerbehörde besuchen. Der überwiegende Teil verfügt über einen einjährigen Aufenthaltstitel. Das bedeutet einen immer wiederkehrenden Kontakt mit der Ausländerbehörde.

Von der Erstanmeldung bis zum Erhalt der Aufenthaltskarte sind zum Teil bis zu fünf persönliche Besuche bei der Ausländerbehörde nötig.

In Anbetracht der Anzahl und der aktuellen Terminierungen bei der Ausländerbehörde und der Anzahl der täglichen Besucherzahlen könnten diese wesentlich reduziert werden, wenn die Ausländerbehörde diese Zielgruppe direkt an der Hochschule bedienen würde.

Studierende können sich zu festen Öffnungszeiten dort melden, ihr Anliegen darlegen und nur dann, wenn ein Besuch bei der Behörde notwendig ist, sich dann dort melden. Alles andere sollte direkt vor Ort erledigt werden.

Dadurch kann der "Andrang" in der Ausländerbehörde massiv reduziert werden. Gerade zu den Zeiten des Semesterbeginns sollte eine ausreichende Zahl von Mitarbeiter*innen vor Ort sein.

Vor diesem Raum sollte ein Schaufenster mit allen notwendigen aktuellen Informationen angebracht werden, um so schon möglichst die persönlichen Anfragen stark zu reduzieren. In einem Stand könnten Anträge, Formulare, u.v.m. zur Verfügung gestellt werden.

Studierende sind in der Lage, vieles digital zu erledigen und Unterlagen digitalisiert an die Ausländerbehörde weiterzuleiten. Dies ermöglicht auch seitens der Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde eine Spezialisierung und Konzentration auf eine Zielgruppe.

Abgesehen von allen o.a. Gründen ist es zudem umweltfreundlicher, wenn das Anliegen von hunderten von Menschen dort erledigt wird, wo diese sind, und sie nicht dafür eine Fahrt zur Ausländerbehörde in Kauf nehmen müssen.

Der so geänderte Antrag wird bei Enthaltung der Fraktion FDP/MBL ansonsten einstimmig zur Annahme empfohlen.

zu 5 Kennnismnahmen

**zu 5.1 Antwort des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat auf einen offenen Brief von Städten Sicherer Häfen
Vorlage: VO/6918/2019**

Oberbürgermeister Herr. Dr. Spies führt zur Antwort des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat auf einen Offenen Brief des "Bündnis Städte Sicherer Häfen" aus.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen und die Antwort zur Kenntnis.

**zu 5.2 Abschlussbericht zum Ersten Marburger Aktionsplan EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
Vorlage: VO/6928/2019**

Der Tagesordnungspunkt "Abschlussbericht zum Ersten Marburger Aktionsplan EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" wurde gemeinsam mit dem TOP 3 aufgerufen und beraten.

Oberbürgermeister Herr Dr. Spies, Fachbereichsleiterin Frau Dr. Amend-Wegmann sowie Frau Griese vom Gleichberechtigungsreferat erläutern zu dem Bericht und beantworten Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss nimmt den Abschlussbericht zur Kenntnis.

zu 6 Verschiedenes

Der Vorsitzende weist auf die WLAN-Umstellungen im Rathausbereich hin und den Ausschussmitgliedern werden Tickets mit neuen Zugangsdaten für mobile Endgeräte ausgehändigt. Sofern weitere Tickets benötigt werden, können diese bei der Geschäftsstelle dieses Ausschusses oder dem Fachdienst 09 für die Unterstützung Kommunalen Gremien angefordert werden.

Weitere Beratungspunkte liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor.

Marburg, 23.08.2019

gez. Roland Böhm
Vorsitzender

gez. Peter Schmidt
Protokoll